

Katrin Asal
Hans-Peter Burth

Budrich
UniPress

Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule

Lebensweltliche Rahmenbedingungen,
politische Inhalte und didaktische Relevanz.
Eine theoriegeleitete empirische Studie

Katrin Asal / Hans-Peter Burth
Schülervorstellungen zur Politik in der
Grundschule

Katrin Asal
Hans-Peter Burth

Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule

Lebensweltliche Rahmenbedingungen,
politische Inhalte und didaktische Relevanz.

Eine theoriegeleitete empirische Studie

Budrich UniPress Ltd.
Opladen • Berlin • Toronto 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2016 Budrich UniPress, Opladen, Berlin & Toronto

www.budrich-unipress.de

ISBN 978-3-86388-718-6 (Paperback)

eISBN 978-3-86388-270-9 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – <http://www.lehfeldtgraphic.de>
Lektorat und typografisches Lektorat: Anja Borkam, Jena

Inhalt

Vorwort	8
1 Einführung	9
2 Vermittlung von Politikbewusstsein durch Rollenerfahrungen und Politische Sozialisation im Kindesalter	11
2.1 Politikbewusstsein.....	11
2.2 Entstehung von Politikbewusstsein durch Rollenerfahrungen von Kindern	11
2.3 Politische Sozialisation	13
2.3.1 Familie.....	14
2.3.2 Massenmedien	15
2.3.3 Schule	17
3 Politisches Wissen von Grundschüler/-innen	19
3.1 Schülervorstellungen.....	19
3.2 Politikbewusstsein von Grundschüler/-innen als Voraussetzung für einen politischen Sachunterricht.....	21
4 Politisches Lernen im Sachunterricht der Grundschule: Lerninhalte, Bildungsstandards und Kompetenzmodelle	35
4.1 Fachdidaktik.....	35
4.1.1 Sensibilisierung für politische Prozesse in der Familie	36
4.1.2 Politische Fragen stellen lernen	37
4.1.3 Differenzierung und Erweiterung bereits vorhandenen politischen Wissens	37
4.1.4 Thematisierung und Aufklärung der politischen Sozialisationsprozesse der Kinder	37
4.1.5 Ermittlung des Politischen in der kindlichen Lebenswelt.....	38
4.1.6 Befähigung zum politischen Handeln in der kindlichen Lebenswelt.....	38

4.1.7	Befähigung zur Antizipation künftiger Entwicklungen	38
4.1.8	Grundlegung demokratischer Haltungen	39
4.2	Bildungs- und Lehrpläne für die Grundschule im Fach politischer Sachunterricht	39
4.2.1	Bildungsplan 2004 für die Grundschule Baden-Württemberg..	39
4.2.2	Bildungsplan Sachunterricht 2016 Baden-Württemberg	41
4.3	Perspektivrahmen Sachunterricht der GDSU 2002 und 2013	43
4.3.1	Version von 2002.....	43
4.3.2	Überarbeitung von 2013	44
4.4	Bildungsstandards und Kompetenzmodelle der empirisch orientierten politischen Lehr-Lern-Forschung	48
4.4.1	GPJE-Entwurf Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen.....	50
4.4.2	Kompetenzmodell Politikkompetenz von Weißeno et al.....	52
4.4.3	Basiskonzept-Modell der Autorengruppe Fach-didaktik.....	56
5	Misskonzepte oder Fehlkonzepte? - Zur Beziehung zwischen Schülervorstellungen zur Politik und den Basis- und Fachkonzepten des Politikunterrichts.....	58
6	Das Lehr-Lern-Forschungskonzept der Didaktischen Reduktion.....	62
7	Qualitative empirische Untersuchung: Die Befragung von Grundschulern zu ihren Vorstellungen von Politik	70
7.1	Gruppendiskussion als Methode der Datenerhebung.....	71
7.2	Begründung der gewählten Erhebungsmethode.....	73
7.3	Mögliche Nachteile der Methode.....	74
7.4	Forschungsprozess	76
7.4.1	Der Forschungsgegenstand.....	76
7.4.2	Forschungsablauf.....	85
7.5	Auswertung der Schülervorstellungen	92

8 Zusammenfassung und Ausblick.....	115
Anhang.....	123
Transkriptionen.....	123
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	148
Literatur	149

Vorwort

Die empirische Untersuchung, die den Ausgangspunkt dieser Studie bildet, wurde von Katrin Asal im Wintersemester 2011/12 als Wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen ihrer Lehramtsprüfung für Grund-, Haupt- und Werkrealschule an der Pädagogischen Hochschule Freiburg durchgeführt und 2012 mit dem Preis der Hochschule für hervorragende Abschlussarbeiten ausgezeichnet. Die ursprüngliche Wissenschaftliche Hausarbeit wurde für diese Publikation gemeinsam überarbeitet, ergänzt und an den neuesten Forschungsstand angepasst. Dabei wurden die Kapitel eins, zwei und sieben im Wesentlichen von Katrin Asal verfasst; die Kapitel drei, fünf und sechs von Hans-Peter Burth. Kapitel vier und die Zusammenfassung sind eine Gemeinschaftsarbeit, was letztlich für den gesamten Text gilt.

Die Autoren danken Kathrin Wurth und Dominik Jenne für das Layout und die Gestaltung der Graphiken und Helene Bergmann, Ulrich Druwe und Hans-Werner Kuhn für ein kritisches Feedback.

1 Einführung

Grundschüler und Politik - wie passt das zusammen? Was hat der Politzirkus in Berlin mit Grundschulern in Baden-Württemberg, Bayern oder anderswo zu tun? Die Komplexität politischer Prozesse macht die Beurteilung politischer Sachverhalte bereits Erwachsenen oft schwer - wie soll dies dann erst Kindern gelingen? Derartige Fragen legen die Vorstellung nahe, dass es zwischen Kindern und Politik keine Beziehung gibt und Kindheit somit als politikfreier Raum begriffen werden muss.

Aber stimmt dieses Bild tatsächlich mit der Realität überein? Gegen die Annahme, die Kindheit sei ein politikfreier Raum, spricht zunächst ein Beispiel aus der Unterrichtspraxis. Einem Viertklässler gelingt es im Zusammenhang mit einer Unterrichtsstunde über das Bundesland Baden-Württemberg problemlos, den Unterschied zwischen dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu erklären. Der Junge führt aus, die Kanzlerin dürfe über ganz Deutschland bestimmen und der Ministerpräsident lediglich über Baden-Württemberg, weshalb die Kanzlerin mehr Macht habe als der Ministerpräsident. Die Aussage des Jungen zeigt, dass Kinder Politisches bereits wahrnehmen und dies auch einzuordnen versuchen. Dass die Kindheit kein politikfreier Lebensabschnitt ist – und auch nicht sein soll – ergibt sich auch aus den meisten Schulgesetzen der einzelnen Bundesländer, die die Entwicklung der Schüler zu mündigen Bürgern als Aufgabe der Schule ansehen und daher bereits in Kerncurricula für die Grundschule Elemente politischen Lernens verankern.

Grund dafür, dass gerade die Vorstellungen von Grundschüler/-innen und nicht etwa die von Jugendlichen untersucht werden, ist die Tatsache, dass zum Themenfeld Jugendliche und Politik mittlerweile regelmäßig Untersuchungen durchgeführt werden (vgl. Hafner 2006: 9, Shell 2015). Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur aus theoretischen Gründen von großem Interesse, wie sich Grundschüler erklären, was sie aus den Medien oder ihrem Umfeld über das Politikgeschehen erfahren. Es stellt sich nämlich zusätzlich die (praktisch-)didaktische Frage, wie Erkenntnisse über diese Verarbeitungsmechanismen für die Vermittlung politischer Themen in der Grundschule hilfreich sein können.

Im Einzelnen sollen in dieser Untersuchung drei Fragen beantwortet werden:

1. In welchem Rahmen verfügen Kinder im Grundschulalter bereits über politisches Wissen? Finden hier schon politische Lern- und Sozialisationsprozesse statt, und wenn ja, wie und durch wen?
2. Soll Politik bzw. politische Bildung bereits ein fester Bestandteil des Sachunterrichts der Grundschule sein? Ist dies möglicherweise zu früh, zu komplex oder zu belastend für die Kinder? Und wenn ja,

- welche Lernziele bezüglich politischem Wissen sind hier angemessen?
3. Wie sehen die Politikvorstellungen von Grundschulern konkret aus? Wie kann durch die didaktische Reflexion und Konzeptualisierung des Sachunterrichts der Grundschule sichergestellt werden, dass bereits Grundschüler das Politische in ihrer Lebenswelt entdecken? Und wie kann hierbei eine kindgerechte Vermittlung von Politik stattfinden, bei der nicht die fachlichen Politikkonzepte die individuellen Vorstellungswelten der Schüler/-innen dominieren?

2 Vermittlung von Politikbewusstsein durch Rollenerfahrungen und Politische Sozialisation im Kindesalter

2.1 Politikbewusstsein

Zur Präzisierung der Frage, in welchem Rahmen Kinder im Grundschulalter bereits über politische Vorstellungen verfügen, bietet es sich an, auf die analytische Kategorie *Politikbewusstsein* zurückzugreifen. Politikbewusstsein

„lässt sich als derjenige Bereich des menschlichen Bewusstseins begreifen, innerhalb dessen sich Individuen Vorstellungen über ... Politik aufbauen. Davon ausgehend, dass Politik Individualinteressen in allgemeine Verbindlichkeit transformiert, kann politische Herrschaft als Institutionalisierung dieses Vorgangs verstanden werden.“ (Klee/Lange/Luther 2006: 186)

Durch das Politikbewusstsein reduziert „das Individuum ... politische Komplexität in orientierungsleitende und kohärente Sinnzusammenhänge.“ (ebd.) Auf diese Weise findet eine subjektive individuelle Wahrnehmung von Politik statt (ebd.). Im Sinn einer konstruktivistischen Deutung erfolgt im Politikbewusstsein nicht die bloße Widerspiegelung objektiv vorgefundener Herrschaftsstrukturen. Vielmehr werden hier mentale Modelle bzw. Konzepte konstruiert, die „den Prozess der Herstellung von kollektiver Verbindlichkeit subjektiv ausdeuten und die notwendige alltägliche individuelle Orientierungs- und Handlungssicherheit herstellen.“ (Klee/Lange/Lutter 2006: 186) Politikbewusstsein konstituiert somit politisches Alltagswissen, das politische Urteilsbildung ermöglicht und politische Handlungsfähigkeit gewährleistet. Vor diesem Hintergrund lässt sich Politisches Lernen als Prozess der Bildung und Veränderung von Vorstellungen des Politikbewusstseins verstehen (ebd.).

2.2 Entstehung von Politikbewusstsein durch Rollenerfahrungen von Kindern

Geht man also der Frage nach, inwiefern Kinder bereits über ein Politikbewusstsein verfügen und betrachtet hierzu die Lebenswelt und den Alltag von Grundschulern/-innen genauer, so stellt man fest: Kinder im Grundschulalter sind bereits ...

- *Bürger/-innen eines Staates*, der ihnen spezielle Rechte wie beispielsweise das Recht auf Spiel verleiht, aber auch Pflichten wie z.B. die allgemeine Schulpflicht auferlegt, die sich aus dem Grundgesetz ableitet, um dadurch der Tatsache der Entwicklungsbedürftigkeit von Kindern Rechnung zu tragen (vgl. Schneider 2007: 29). Kinder sind somit ab dem Zeitpunkt ihrer Geburt ein fester Bestandteil der Gesellschaft und des Staates. Der Staat gewährt durch Normen, die speziell an Kinder adressiert sind, einen gewissen Schutz- und Schonraum (z.B. Straffreiheit bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres), der auf ihre Entwicklung Rücksicht nimmt und die Erfüllung der speziellen Bedürfnisse von Kindern und Heranwachsenden sicherstellen soll. Außerdem ist die Gesellschaft zur Rücksichtnahme gegenüber Kindern aufgerufen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht bereits im Kinder- und Jugendalter vonseiten des Staates Anforderungen an diese (Schulpflicht etc.) gestellt werden.
- *Teil eines Klassenverbands und einer Schulgemeinschaft*, deren Schulkultur sich an demokratischen Werten orientiert (vgl. Richter 2004: 8). Dies hat zur Folge, dass sie häufig in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung hinsichtlich ihres Lern- und Lebensraums erhalten (vgl. Richter 2004: 137). Partizipation von Schüler/-innen am schulischen Leben ist facettenreich und umfasst:
 - Die Einsetzung eines Klassenrats, der regelmäßig Klassenratssitzungen mit der ganzen Klasse abhält, bei denen sowohl soziale Konflikte als auch Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung in unterschiedlichen schulischen Bereichen behandelt werden können (vgl. Richter 2004: 140).
 - Die Arbeit einer Schüler/-innenmitverantwortung, die sich aus den von den einzelnen Klassen gewählten Klassensprechern zusammensetzt und die Belange der gesamten Schülerschaft evaluiert und sie anschließend (an die Lehrer bzw. die Schulleitung) kommuniziert und sich für diese einsetzt.
 - Eine Klassen- bzw. Hausordnung, die gemeinsam mit den Schüler/-innen aufgestellt wird, in der Regeln festgelegt werden, die ein rücksichts- und friedvolles Zusammenleben der Schulgemeinschaft sicherstellen sollen.

Bei dieser Aufzählung handelt es sich nur um eine exemplarische Nennung von Mitgestaltungsmöglichkeiten für Schüler/-innen. Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten, mit denen die Partizipation im Sinne einer aktiven Beteiligung der Schüler/-innen gefördert werden kann:

- Kinder sind *Konsumenten*. Durch die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (Taschengeld, Geldgeschenke etc.), durch ihr

Kaufverhalten sowie das ihres Umfelds (Eltern, Großeltern) sind sie für die Wirtschaft eine Zielgruppe von großem Interesse. Dies wirkt sich auch auf die Vermarktung und Werbung aus.

- Sie sind *Verkehrsteilnehmer*, die zu ihrem eigenen sowie zum Schutz der anderen auf Verkehrsregeln und deren Einhaltung angewiesen sind (vgl. Schneider 2007: 29).
- Kinder sind häufig schon *Träger eines Ehrenamtes* (Musiker in einem Freizeitorchester, freiwillige Feuerwehr, Ministrant...), wodurch sie zum kulturellen Leben innerhalb der Gesellschaft beitragen.

Alle diese unterschiedlichen Rollen verdeutlichen, wie sehr die Lebenswelten und Erfahrungen von Grundschüler/-innen bereits mit Lernfeldern verbunden sind, die zumindest im weitesten Sinne mit Politik in Verbindung stehen. Grundschüler/-innen verfügen also durchaus bereits über ein Politikbewusstsein: sie sind Teil einer demokratisch geprägten Gesellschaft, was konkrete Auswirkungen auf die gesellschaftlich-politischen Strukturen und damit auch auf ihr Leben hat.

2.3 Politische Sozialisation

Dieser positive Befund bestätigt sich, wenn man darüber hinaus die *politischen Sozialisationsprozesse* betrachtet, die bereits in der Kindheit ihren Anfang nehmen: „Demokrat, Faschist oder Terrorist wird man nicht von heute auf morgen“ (Wasmund 1982a: 26). Politische Einstellungen, Überzeugungen und Handlungen einer Person resultieren aus einem lebenslangen Lernprozess, dessen Beginn in der Kindheit zu verorten ist und der bis ins hohe Alter andauert (vgl. Massing 2007b: 369, Wißdorf 1999: 197) Dieser Prozess Politischer Sozialisation, bei dem politisches Interesse und Wissen sowie politische Einstellungen maßgeblich geprägt und durch späteres politisches Verhalten (mit)bestimmt werden (vgl. Beck 1974: 7 sowie Hafner 2006: 25), wird durch unterschiedliche Agenturen beeinflusst (vgl. Hafner 2006: 21 sowie Wasmund 1982a: 26). Grundsätzlich muss zwischen *latenter und manifester Politischer Sozialisation* unterschieden werden. Bei *latenter Politischer Sozialisation* handelt es sich um Lernen, das nicht direkt politisch ist, aber dennoch Auswirkungen auf das politische Verhalten eines Menschen und seine späteren politischen Einstellungen und Interessen hat. *Manifeste Politische Sozialisation* definiert sich hingegen durch eine bewusste, zielgerichtete Vermittlung politischer Gefühle, Informationen oder Werte. Wichtige Sozialisationsagenturen sind u.a. die Familie, Schule, Gleichaltrige, Medien sowie Teile der Politik selbst wie z.B. Parteien sowie politische Organisationen und Institutionen (vgl. Hafner 2006: 25, Quesel 2007: 16). Die genannten

Sozialisationsinstanzen ergänzen bzw. verstärken sich gegenseitig oder konkurrieren miteinander um Einfluss. Die politische Persönlichkeit konstituiert sich somit aus deren Zusammenwirken, wodurch es schwer fällt, die Einflüsse der einzelnen Sozialisationsagenturen kindlicher politischer Bildung voneinander zu trennen.

Es handelt sich vor allem um drei Instanzen, die in der Kindheit einen besonders großen Einfluss auf die Politische Sozialisation nehmen (vgl. Hafner 2006: 26 sowie Wasmund 1982a: 26) – Familie, Massenmedien und Schule:

2.3.1 Familie

Die Familie galt lange Zeit hinsichtlich der Politischen Sozialisation fast unumstritten als einflussreichste Sozialisationsinstanz bei der Entwicklung der politischen Persönlichkeit (vgl. Wasmund 1982a: 23f., vgl. auch Greenstein 1965: 44 sowie Hyman 1959: 69ff.). Dies mag zunächst merkwürdig erscheinen, gilt die Familie doch als Inbegriff des Privaten und die Politik hingegen als Inbegriff des Öffentlichen (vgl. Geißler 1996: 51). Betrachtet man jedoch die Rolle, die sie im Leben eines Kindes einnimmt näher, wird deutlich: Eltern und Geschwister sind während der ersten Lebensjahre die wichtigsten Bezugspersonen und damit gleichzeitig die wichtigste Quelle sozialen Lernens. Das Kind lernt hier familiäre Werte und Normen sowie Verhaltens- und Rollenerwartungen kennen (vgl. Wasmund 1982a: 25). Weiterhin wirkt die Familie auch bereits von frühester Kindheit an auf die Politische Sozialisation des Kindes ein, wengleich sich diese eher zufällig vollzieht, weil eine bewusste und geplante politische Erziehung bei den meisten Eltern nicht zu den zentralen pädagogischen Zielen gehört (vgl. Geißler 1996: 55).

Kleinere Kinder werden zunächst hauptsächlich latent politisch beeinflusst. Hierbei spielen u.a. Faktoren wie Erziehungsstil, Familienklima und Autoritätsverhältnisse innerhalb der Familie eine Rolle. Diese indirekten Einflussfaktoren wirken sich u.a. auf Extraversion, Selbstvertrauen, soziale Kompetenz, Dominanzstreben und Feindseligkeit eines Menschen aus, was wiederum auch seine politische Persönlichkeit beeinflusst, weil diese von den allgemeinen Persönlichkeitsmerkmalen abhängt.¹

Mit zunehmendem Alter finden auch innerhalb der Familie *manifeste Politische Sozialisationsprozesse* statt. Eine wichtige Voraussetzung Politischer Sozialisation ist politische Kommunikation, da diese die politische Meinungsbildung ermöglicht und politische Orientierungen entstehen lässt, die

1 Beispielsweise hängt die Bereitschaft eines Menschen zur politischen Teilhabe von Persönlichkeitsfaktoren wie Selbstvertrauen, Kompetenzgefühl und Dominanz ab. Vgl. Hafner (2006: 26 f.) Wasmund (1982a: 41).

sich festigen oder verändern können (vgl. Massing 2007b: 371). Der Grad manifester Politischer Sozialisation hängt von der Art und Weise, der Intensität und Häufigkeit der politischen Kommunikation ab (vgl. auch Vollmar 2012: 60): In Familien, in denen politische Fragen kaum oder gar nicht Gesprächsgegenstand sind, ist dieser entsprechend gering. Dagegen sind in Familien, in denen politische Themen eine Selbstverständlichkeit sind, eine positive Einstellung zur Politik und eine hohe Aktivitätsbereitschaft zu beobachten. Die Bereitschaft zur politischen Kommunikation/Erziehung nimmt in der Regel mit dem Niveau der Schulbildung der Eltern zu.² Auch der amerikanische NAEP-Report kam zu dem Ergebnis: „Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto höher das durchschnittliche Wissen der Kinder.“ (Vollmar 2012: 56 mit Verweis auf Luktus/Weiss 2007: 15; Luktus et al. 1999: 39; Snyder/Dillow/Hoffman 2009: 191)

Hervorzuheben sind die Auswirkungen manifester familiärer Einflüsse auf die Parteibindung. Es zeigt sich, dass die politische Orientierung von Heranwachsenden und sogar von Erwachsenen hinsichtlich der Bevorzugung bestimmter Parteien häufig mit der Parteiidentifikation der Eltern korrespondiert. Auch spezielle Präferenzen gegenüber Politikern werden häufig von den Eltern an die Kinder weitergegeben. Ein Grund für die häufige und leichte Übertragung dieser Präferenzen könnte darin liegen, dass solche Orientierungen leichter wahrnehmbar und konkreter bestimmbar als andere sind, wodurch dem Kind eine Übernahme deutlich erleichtert wird (vgl. Hafner 2006: 30).

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Einfluss der Familie bei der Politischen Sozialisation eines Kindes bzw. Heranwachsenden zweifelsfrei besteht und gewichtig ist (vgl. Schneider 2007: 20, Massing 2007b: 371). Der latente Einfluss ist in jeder Familie vorhanden, die Intensität des manifesten Einflusses ist deutlich abhängiger von den einzelnen Familien und deren Interesse und Haltung gegenüber der Politik. Dabei muss man davon ausgehen, dass jede Familie ihre spezifischen Strukturen und ihr eigenes Interaktionsgeflecht besitzt, das sie und damit auch die Politische Sozialisation ihres Kindes einmalig macht (vgl. Hafner 2006: 30 sowie Wasmund 1982a: 33).

2.3.2 Massenmedien

Den Massenmedien kommen nicht nur die Aufgaben der Informationsvermittlung und Interessenartikulation sowie eine Kontrollfunktion zu, vielmehr sind sie auch eine Instanz politischer Kindheits- bzw. Jugendsozialisation.

- 2 Anlässe für politische Gespräche und Diskussionen innerhalb der Familie können aktuelle Ereignisse (bevorstehende Wahlen, außenpolitische Entwicklungen) sein, die aus den Medien aufgenommen werden (vgl. Hafner 2006: 26 f., Wasmund 1982a: 34 f.).

Eine zentrale Rolle als politische Sozialisationsagenturen spielen sie deshalb, weil Politik (mit Ausnahme von Kommunalpolitik) für die Menschen eher selten direkt erfahrbar ist. Medien stellen daher den Kontakt zur Politik her, weshalb ein großer Teil politischen Lernens durch sie stattfindet (vgl. Hafner 2006: 36 sowie Kuhn 2000: 66 und Wasmund 1982c: 84). Außerdem ist die Nutzung von Medien ein fester Bestandteil des Alltags von Kindern und Jugendlichen. Auf diese Weise kommt es sowohl zu latenter Politischer Sozialisation durch Medieninhalte wie Unterhaltung und Werbung als auch zu manifester Politischer Sozialisation durch politische Berichterstattung, Nachrichten etc. Kinder und Jugendliche erhalten durch Medien, speziell durch das Fernsehen, das von ihnen besonders häufig genutzt wird, politische Grundinformationen über politische Akteure, Entscheidungsprozesse, Ereignisse, Parteien etc.

Die Nutzung von politisch informierenden Medieninhalten wirkt sich positiv auf den Erwerb politischer Kenntnisse aus, was zur Folge hat, dass bereits bei Kindergartenkindern die Nutzungshäufigkeit von Fernsehnachrichten positiv mit ihrem politischen Wissen korreliert. Daneben führt auch das Lesen politischer Zeitungsartikel bei Kindern zu einer Zunahme politischen Wissens. Werden häufig informationsorientierte Medien konsumiert, führt dies zu positiveren Einstellungen gegenüber der Politik in Form eines größeren Vertrauens in die Regierung, der Unterstützung des Wahlsystems etc. Ein Grund hierfür könnte sein, dass Politik durch mediale Berichterstattung für die Menschen zum einen greifbarer und realer und zum anderen verständlicher wird, weil die Medien häufig Sachverhalte erklären bzw. vereinfacht darstellen. Diese beiden Faktoren könnten dafür verantwortlich sein, dass Politik den Menschen durch die mediale Berichterstattung nicht mehr allzu sehr abstrakt erscheint. Dabei ist die Frage, ob politische Nachrichten das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen steigern oder aber ob politisches Interesse von Heranwachsenden zu einem vermehrten Konsum von Nachrichten führt, noch nicht hinreichend geklärt (vgl. Hafner 2006: 38ff.).

Zur latenten Politischen Sozialisation trägt besonders die unterhaltende Mediennutzung bei (vgl. auch Garamone/Atkin 1986). Sie leistet einen indirekten Beitrag zur politischen Identitätsbildung, indem sie politische Orientierungen wie z.B. Geschlechterstereotype vermittelt und durch ihren „versteckten“ politischen Charakter auch Menschen erreicht, die sich eigentlich nicht für Politik interessieren (vgl. Hafner 2006: 41 mit Verweis auf Holtz-Bacha 1988 und Kuhn 2000).

Neben der Vermittlung von Stereotypen kann eine umfangreiche Nutzung unterhaltungsorientierter Medieninhalte bei den Rezipienten aber auch negative (Entfremdungs-)Effekte auf politische und soziale Orientierungen und Verhaltensweisen haben wie z.B. ein niedriges Niveau an politischem Vertrauen oder eine geringe Bereitschaft zu politischer Beteiligung (vgl.